

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Post | Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
gebühren für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig | Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra

62. Jahrgang

Leipzig, den 26. März 1924

Nummer 26

Wirtschaft, Technik und Gewerkschaften

Zugleich Rückblick auf die Frühjahresmessen 1924

I.
Die Gewerkschaften als Wirtschaftsfaktoren mehr hervortreten zu lassen, ihnen in dieser Eigenschaft stärkeren Einfluß zu verleihen, muß von einem jeden Arbeiter und Angestellten als Aufgabe der Zeit wie auch der einzelnen Organisationen betrachtet und gefördert werden. Daß die Gewerkschaften wirtschaftliche Kampforganisationen sind und bleiben müssen, darüber bedarf es keiner Worte.

Wenn von den durchaus nicht von gewerkschaftlicher Selbstlosigkeit für die große Sache erfüllten Kommunistenbündnissen die durch die Stärke und teilweise Überlegenheit der großkapitalistischen Organisationen wie andererseits durch die kommunistischen Ausputzungen und agitatorisch angerichteten Konfusionen leider nicht selten zu verzeichnenden gewerkschaftlichen Mißerfolge den „reformistischen Gewerkschaftsführern“ in die Schuhe geschoben werden, so ist das nichts als eine Spekulatation auf die Urteilslosigkeit der von ihnen so verhäßelten Massen. Wenn aber die Interessensverbände der Schwerindustrie, des Finanz- und Großkapitals wie der Landwirtschaft immer größer werdende Rücksichtslosigkeit gegenüber der Arbeitnehmerschaft an den Tag legen, so daß sogar Reichsanwalt Marx am 23. März in seiner Elberfelder Wahlrede von der Zentrumspartei sagen konnte, es hätten sie die in letzter Zeit wahrzunehmenden Zwangsmaßnahmen „einselner“ Arbeitgeberverbände mit Born erfüllt, dann ist das ein untrügliches Zeichen, welches Machtgefühl sich die Kreise zusprechen, die von der Reichsregierung sonst ziemlich devot als „deutsche Wirtschaftskreise“ beliebtener werden. Theodor Wolff ließ vor fünf Wochen in seinem Montagartikel des „Berliner Tageblattes“ die „Anerkennung“ über jene Kreise steigen: „Das niemals lernende deutsche Großunternehmertum suche nur immer die schlechte Lage des Arbeiters auszunützen; es kenne nur die Politik nach der augenblicklichen Konjunktur, seine Herrschaft von neuem zu befestigen, aber es werde dadurch nur immer neuer Radikalismus gesüchtelt. Das ist wirklich keine Schmeichelei, aber es ist, wie auch die absichtlich noch sehr beschönigend gehaltene Anklage von Marx gegen das Großunternehmertum, zutreffende Kennzeichnung eines überspannten Machtgefühls, hervorgegangen in erster Linie aus souveräner Beherrschung des Wirtschaftsmarktes.“

Daraus müßten doch die Arbeiter lernen, danach müssen die Gewerkschaften sich umstellen und nicht einseitig nur wirtschaftliche Kampforganisationen sein. Auch in den Kampfmitteln besteht heutzutage Mangelhaftigkeit. Die Zahl der Kurstreifer hat trotz aller kommunistischen Einheitsung unzweifelhaft Rückgang erfahren. Der Generalstreik ist von den Kommunisten durch den von ihnen damit getriebenen Mißbrauch förmlich toteschlagen worden. Wir müssen heute von allen Seiten an die kapitalistische Front heranzukommen suchen. Wenn z. B. Ende der vergangenen Woche der Verband sächsischer Industrieller in der ihm gemachten Tagespresse einen Streitartikel gegen die „Kurschwächheit“ der „sozialistischen Gewerkschaften“ losließ, weil diese nicht mit Freudenpurselbäumen auf die Verlängerung der Arbeitszeit eingehen, und dann gesagt wird, tatsächlich sei nur in den Betrieben mit Mehrarbeit gemäß der Arbeitszeitverordnung von einer Steigerung der Produktion zu reden, so ist das ein klarer Beweis für die heutzutage von den Unternehmerverbänden betriebene kapitalistische Sölgawortpolitik. Diese ist ein gefährlicher Feind für die Arbeiterschaft, da ihr die regierenden Kreise meistens glatt erliegen.

Es müßte unsres Erachtens jetzt schon den Gewerkschaften möglich sein, festzustellen, ob die Behauptung des „Berliner Tageblattes“ in keinem Wandelstadium zutreffend ist, daß für etwa 40 Proz. der industriellen Arbeiterschaft die verlängerte Arbeitszeit durchgeföhrt sei; eine Million Schiedsprüche wäre dazu ergangen, sie seien aber meistens von Arbeitnehmersseite abgelehnt worden (ebenfalls wegen ihres zu weitgehenden Charakters). Wenn da nun ein einzelner für jedes Organisationsgebiet und dann vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund für das ganze Reich gesagt werden könnte, wie es tatsächlich jetzt — wir halten die angegebenen Zahlen für etwas hoch —, dann würde der feindlichen Reaktion, die gegenwärtig in großer Ausdehnung herrscht, doch oft der Weg verwehrt werden können. Für die Textilindustrie sind im Jahre 1922 von privater Seite und für zwei Februarwochen 1924 von der Gewerkschaft

feststellungen gemacht worden, die durchaus gegen die zur Steigerung der Produktion verlangte Mehrarbeit zeugen. Bei 47stündiger Arbeitszeit und gesunkenen Löhnen konnte Produktionssteigerung bis zu 122,2 und 66 Proz. festgestellt werden. Es ist überhaupt furchtbar, was die deutsche Wirtschaft vom kapitalistischen Wirtschaftsegoismus zu erdulden hat. Das zu ändern liegt gewiß auch im Interesse der Arbeiterschaft.

II.

Auf dem Leipziger Gewerkschaftskongreß im Jahre 1922 war von einem Redner die These zu hören, es müsse der Gewerkschaftsführer von heute auch Wirtschaftsführer sein. Gausvorsitzendenkonferenzen unseres Verbandes haben in mancherlei Variationen dieses Wort wiederholen lassen. An seiner Richtigkeit wollen wir hier im allgemeinen nicht zweifeln; es soll aber auch nicht an seiner noch einseitigen Bedingtheit vorbeigesungen werden. Wir haben vor längerer Zeit einmal Clynos, den jetzigen sozialistischen Minister Seiner Königlich Britannischen Majestät, mit dem Ausspruche im englischen Unterhause (zweite Aprilwoche 1921) zitiert: „Es ist besser, wirtschaftliche Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern durchzudenken als durchzukämpfen.“ Damit sollte jedenfalls nicht allein denen eine Abgabe erteilt sein, die den richtigen Kampf mit dem Unternehmertum nur in dem Sinne verstehen, daß sich die Arbeiterschaft vor Radikalismus überläßt wie ein Pudel. Mehr noch wollte Clynos angesichts der damaligen großen Arbeitskämpfe in England damit zum Ausdruck bringen, daß das verstandesgemäße Eindringen in das Wirtschaftsgetriebe wie die genaue Kenntnis von Funktionen der positiven und der negativen Wirtschaftspole den Wirtschaftskampf der Arbeiterklasse intensiver und schließlich auch erfolgreicher gestalten kann, als es der Praxierbrand der großen Streiks oder die springenden Feuer kleiner verzelebender Auskände vermögen. Es kann so gewiß dem englischen Arbeiterführer Clynos beipflichtet werden, aber die alten Methoden werden nicht so schnell zum alten Eisen gehören. Immerhin wird es nur als ein Gewinn für die Arbeiterschaft zu betrachten sein, wenn der vornehmlich bei verloren gegangenen Streiks zu vernehmende Standpunkt der Selbstschwächtauna: „Die Hauptsache ist, daß gekämpft wurde und die Masse in Bewegung kam,“ ausgegeben wird.

Es ist zu verstehen, daß unter den jetzigen Gewerkschaftsführern die prominenten Wirtschaftskenner und Techniker noch mangeln. Die ungemein schwierigen Nachkriegsverhältnisse mit ihren oftmals erdrückenden Notständen für die Arbeiterschaft, denen wirksam zu begegnen weder dem Reformismus noch dem wortstarken Radikalismus möglich sein konnte, haben die Zeit vom November 1918 ab gewissermaßen zu einer ununterbrochenen Lohnbewegung gemacht. Es ist dabei grauenhaft viel innere gewerkschaftliche Befruchtung ausgefallen, und wenn im vergangenen Unglücksjahre der Gewerkschaftsapparat ganz empfindliche Einschränkungen erfahren mußte, so kann nicht jetzt schon jede Verhandlung mit einer Musterkollektion von Wirtschaftsführern und Technikern aufwarten. Es wird seiner Zeit bedürfen, bis die notwendigen Spezialisten herangebildet sind. Für die durch die vielen Notverordnungen bürgerlicher Regierungsdiktatur kaum noch überschaubaren Gebiete des Arbeiterrechts, der Tarifpolitik und der Sozialpolitik bedarf es schon sehr gründlicher Einarbeitung und fortgesetzter Befassung; darauf sind die Gewerkschaften im allgemeinen aber bereits gut eingestellt. Die Wirtschaftspolitik dazu noch genügend zu beherrschen, zumal sie von den deutschen Konzerndiktatoren mittels einer verkrusteten Presse nur schwer richtig verfolgt werden kann, erfordert jedoch mehr.

In einem Gewerbe wie dem unsrigen mit einem Reichstabelle und mit zentralen Lohnverhandlungen wird es auf die Dauer immer notwendig, daß bei dem Interessenstreit zwischen den wirtschaftlichen Parteien neben den erworbenen Gewerkschaftsfaktoren die Sozialrechtler und die Wirtschaftspolitiker auf Arbeiterseite in guter Wappnung ihren Mann stellen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat auch eine wirtschaftliche Abteilung und mit seiner Gewerkschaftsbank betritt er neue Wege, die den ausschließlichen Organisationen ebenfalls nutzbringend sein werden. Der Deutsche Metallarbeiterverband als Wirtschaftsanstalt hat seit einigen Jahren einen akademisch gebildeten Volkswirtschaftler fest angestellt, der eine fruchtbarere Tätigkeit entfaltet, das Betriebsritzenwesen ideell zu heben bemüht ist und der wirtschaftspolitisch sich als gut beschlagen erweist. Kleinere Gewerkschaften können

natürlich, nach kaum überwundener inflationärer Berückungsarbeit, diesem Beispiele nicht so schnell folgen. Die Realitäten müssen aber auch hier unbezweifelbar sein.

Metallarbeiterverband und Holzarbeiterverband waren schon vor dem Kriege ihre eigenen Drucker, diese Art eigener Wirtschaftspolitik hat allerdings durch das Zusammenbruchs Unterbrechung erfahren. Dagegen hat unsere Organisation mit dem gleichen Jahre 1923 das Organ des Verbandes in eigener Regie herausstellen begonnen. Die Währungsstafette hätte so oder so den „Korr.“ vor die Existenzfrage gestellt. Sonst aber sind die fünfletzten Jahre bereits zu einem Geschäftskapital geworden, das für die Wirtschaft- und Lohnpolitik unserer Unternehmerorganisation keine Rolle spielt. Zum Beispiel nach der anderen Seite wird das vor Stattfinden unseres Verbandstages wohl kaum gemacht werden können. Doch möchten wir hier andeutend noch sagen, daß die Drucker des Bildungsverbandes, die als junges Unternehmen durch ihre Qualitätsarbeiten ja schon einen guten Namen hat und sich zunehmender Beschäftigung erfreut. Aber die Wirtschaftlichkeit unseres Gewerbes etwas anders lehrt, als die DDB-Politik wahr haben möchte. Es ist indes hier wirtschaftlich und technisch und auch organisatorisch noch so viel im Werden begriffen, daß zum öffentlichen Aufstehen als Gegenzeugen die Zeit noch nicht gekommen ist. Die technische Seite hat in dem Bildungsverbände eine starke Antriebskraft, (sogar für die Lehrkräfte, denen gegenüber die Prinzipalität hierin unbestreitbar nachsteht), daß es sich nur noch um eine geeignete Form handelt, sie in Verbindung mit der fachtechnischen Arbeit der Sparten für die gewerkschaftliche Organisationsleistung mehr auszuwerten. Bei größerer Mannbarkeit des Zusammenwirkens sind dann auch die höheren Stufen der Technik zu erreichen, die erst richtiges Zusammengehen mit der Wirtschaftspolitik ermöglichen. Sozialrecht und Technik haben in unserer Verbandseitung schon gute Vertreter, die nur noch so vielseitig in Anspruch genommen sind. Inwiefern auch die Wirtschaftspolitik zu einem selbständigen Dezernat zu machen wäre, ist eine Frage, die für unsere Verbandstätigkeit in Hamburg zu denen gehört, an die er mit einer gewissen Großzügigkeit herangehen müßte. Wir wollen keine Probleme aufstellen, sondern berühren nur Notwendigkeiten, denen die Gewerkschaften, wollen sie mit der Zeit gehen, nicht ausweichen können. Es ist nicht mehr möglich, von den paar Verbandsgemeinschaften mit veramtlicher Tätigkeit (einschließlich Redaktion) Produzenten als Universalgenies zu verlangen. Die Redaktion des „Korr.“ sucht wie in den letzten jüngsten Nummern wiederum gesucht, die zum Teil sehr vererbte Wirtschaftspolitik des DDB abzuführen und damit auch seiner Lohnpolitik eine andere Richtung zu geben. Aber wenn ihr ein Mann aus der Praxis dorthin beibringt, wie im nachfolgenden Artikel unser freiwilliger Prinzipalarbeiter abermals dem DDB seine abwesige Politik vorhält, dann versteht man deutlicher die Mängel auf der eigenen Seite. Dessenungeachtet kann gesagt werden, daß der Tarif- oder Lohnverhandlungen trotz aller Syndikalberrücktheit das volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Manko nicht auf Gehilfen Seite las. Der DDB sucht jetzt nach einem Ausweg dafür, indem er das seit zwei Jahren schon zwei- oder dreimal verunfallte Experiment der Anstellung eines Hauptgeschäftsführers und einer völligen Reorganisation der „Zeitschrift“ noch einmal unternimmt. Man sucht also einen Präzedenzfall, dem wir jetzt schon konkreteren und vorzüglichsalber gleich zur Rückfahrlinie raten möchten; denn ob Buchdrucker oder Syndikus, die Spuren der kurzlebigen Hauptgeschäftsführer vorzutragen sprechen!

Wir wollen jedoch, wie immer, bei unserer Unternehmerschaft unterscheiden. Es gibt Prinzipale, die ganz anders urteilen als jene „Zeitschrift“-Schreiber in den drei jüngsten Nummern. Man tut sich in den führenden Kreisen des DDB ja etwas zugute, daß die Erfahrungen der Vergangenheit für sie nichts zu besagen haben. Deshalb wird, in den meisten Fällen unter Vorherrschen von Nichtbuchdruckern, drauflos experimentiert, bis man festhält oder sonst zu neuen Klagen gelangt ist. Der Gehilfenchaft gegenüber ist man entweder böswillig oder ganz unfundig. In ersterer Linie liegt die Beschäftigung vom 11. März gegen die Gehilfen, daß immer noch eine verminderte Arbeitsleistung besteht. Diese (obendrein ganz allgemein gebaltene) Behauptung nimmt sich neben der von der auch immer noch bestehenden Unwirtschaftlichkeit unseres Gewerbes wunderbar aus, wenn man sich die Sonntagsnummern der Tageszeitungen betrachtet; die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ z. B. mit 96 Seiten (ohne die illustrierte Beilage) am Sonntag, 2. März, und mit 72 Seiten am Sonntag, 23. März, könnten für die „Wirtschaftsweisen“ des DDB in heiderlei Richtung eine Anregung sein zur Bewahrung vor Unfug. In der „Zeitschrift“ vom 14. März godelt so ein Weisheitswort von seinem erhöhten Standorte aus: Angestellte und Arbeiter aus andern Gewerben sind in energischer Form gegen Preisfäule aufgetreten, ja, es gibt sogar Arbeitnehmerverbände, die ihre Mitlieder davor warnen, in Betrieben, die durch ihre Preisfäule der dem gesamten Gewerbe schädlich zu werden drohen, Arbeit anzunehmen. Sieh da, welche Entdeckungen gegen die alles vermagende Gehilfenchaft im Buchdruckgewerbe! Daß der Verband und sein Organ gegen wirkliche Preisfäule der schon seit nun halb 60 Jahren auftreten, das weiß man nicht. Daß man den Verband, als von 1912 ab ein gegen die gefakten Beschlüsse herabgenommene Mitbestimmungsrecht in Preistarifffragen der Gehilfenchaft zustand, allzugen vor das Loch schoben wollte durch Aufhebung seiner Mitlieder, weil man selbst nichts zu unternehmen wußte gegen rentente Firmen, ist längst verstanden; man will ja immer neue Bahnen gehen. Daß man 1920 den großen Lauf der Gehilfenwertsetzung, Wirtschaft und Technik in die Tarifgemeinschaft einzubringen, mit der Errichtung eines zunächst noch warm begriffen, dann aber regelrecht sabotierten Fachauschusses abtat, der bei der Tarifrenewierung Ende 1922 von den großen Wirtschaftsdictatoren des

DDB, ebenso entschieden abgelehnt wurde wie das Mitbestimmungsrecht in Preistarifffragen, und daß man Ende 1923 einem wiederholten Antrage des Verbandes letzterer Art ein lautes Nein entgegensetzte, dabei aber den Lobdruck auf seine Fahne schrieb — das hat alles den „Zeitschrift“-Schreibern unbekannte Ursachen, deren Wirkungen ihnen eben deswegen noch unbegreiflicher sind.

Das vom DDB in Leipzig errichtete Wirtschaftsamt, das sich einer geschäftlichen und ruhig abzuwendenden Leistung erfreut, soll nicht über einen Heften geschlagen werden mit der vom DDB sonst getriebenen Wirtschaftspolitik. Die periodisch von ihnen in der „Zeitschrift“ erscheinenden Berichte enthalten über Materialbesorgung und falsche Konventionspolitik manches Beachtenswerte. Zum Beispiel könnte aus der Nummer vom 21. März der nachfolgende Passus auch für die Berliner Hauptorganisation des DDB von einiger Kubanwendung sein:

Warenverfügungen können einhalten und wideren auch erfolgen, wenn Deutschland in Wirtschaft freie Wirtschaft hätte. Die freie Wirtschaft ist aber ausschließlich nur auf dem Papier. Es müßte recht inwärtig sein, Anweisung der der Professen für bestimmen, die vor den Arbeit- und Gewerkschaften wegen Unterbindung der freien Wirtschaft durchgefohlen werden. Bekanntlich ist es noch heute so, daß viele Konventionen, zuweilen auch nur verschleierten Fälschungen, einem Händler oder einem anderen Händler vorzuziehen. Was zu liefern der Ware zu Preisen zu liefern, die weit über jedem Großpreisen liegen. Die Fabrikanten erlauben dadurch doppelten Schaden, einmal den Verdienst, der zwischen Herstellung- und Verkaufspreis liegt, und dann noch den Gewinn, der zwischen dem Verkaufspreis und dem Großpreisen liegt. In dieser Weise geht z. B. der Verband der Deutschen Kalligraphen vor, der sich noch heute die Rechte einer gelebenden Arbeiterchaft anmaßt. In ähnlicher Weise erheben auch einige Fabrikanten, z. B. eine Papierfabrik, die sich ebenfalls weigert, einen bedeutenden Großpreisen zu belassen, nur weil hauptsächlich an demselben Ort bereits ein Großpreisen die Papiere — es handelt sich um Spezialpapiere — vertreibt. Die Konkurrenz wird hier angepöbeln, denn es wäre doch noch möglich, daß der eine Großpreisen mit einem geringeren Nutzen auszukommen gehen als der andere. Alle diese Fälle, wo die Belieferung seitens einer Fabrik oder einer Großpreisen verweigert wird, müssen von den Betreffern gegenüber Betriebe unbedingt festgehalten und dem Wirtschaftsamt des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Leipzig zur Kenntnis gebracht werden, damit von dieser Stelle aus solche Übergriffe bekämpft werden können.

Vom „Kor der Götter“, wie der nachfolgende Prinzipalarartikel auf ironisierend überschrieben ist, hat die „Leipziger Illustrierte Zeitung“ (H. J. Weber) eine Aufnahme gebracht und sie mit der erhabenen Unterschrift versehen, wonach die Hauptvorstandschaft des DDB am 10. und 11. März zur Weiberaufrichtung der dazubehörenden Wirtschaft wichtige Beschlüsse faßte. Nun kommt sowohl der Frühling mit Macht und unser Gewerbe wird ein Aufbruchsfest erleben, daß alles Blatt ist.

III.

Theorie und Praxis sind bei Erwägung der Wirtschaftlichkeit unseres Gewerbes immer zwei Paar Stiefel gewesen. Man bringt es leicht an fährten der Stelle im DDB fertig, die wiederholte Wirtschaftlichkeit noch zu bekämpfen. Daß die sozialdemokratischen Betriebsbetriebe bei 40stündiger Arbeitszeit (45stündiger für Maschinenföher) und einer Überminimumbesetzung im allgemeinen, wie sie Privatbetriebe seltener, für Spezialkräfte aber ganz fest aufweisen können, für diese Wirtschaftlichkeit entschieden zeugen, wird das vom DDB, auch noch bestritten werden?

Die sozialdemokratische Presse müßte mit ihren vielen und zum Teil ganz ansehnlichen Betrieben für die vom Arbeiterstandpunkt aus zu verfolgende Aufgabe intensiven Eindringens in Wirtschaft und Technik praktisch mehr hervortreten. Unser Verband hat nicht immer gute Erfahrungen gemacht, wenn es sich um Materialsammlung gegen gewisse Unternehmermänner handelte. Theoretisch wird durch Einführung eines volkswirtschaftlichen oder Handelsteiles schon mehr getan; es ist aber noch nicht genügend, und zu oft wird unterlassen, Verleischsablen mitzubringen. Das „Korrespondenzblatt“ (jetzt „Gewerkschaftszeitung“), des DGB, hat seinen volkswirtschaftlichen Erörterungen schon seit Jahren einen weit, zuweilen auch zu weit gesteckten Rahmen gegeben. Der Handelsteil großer bürgerlicher Blätter sollte für denjenigen, der solche Zeitungen in die Hand bekommt, eine dem sonstigen Inhalt zu bevorzugende Lektüre sein.

Als Buchverleger kann ein Weiteres und Vieles getan werden. Der DGB, mit seiner unfreies Wissens am billigen produzierenden Verlagsabteilung hat sich neben den Parteiverlagen schon eine achtunggebende Stellung erworben. Verschiedene große Gewerkschaften sind ebenfalls zur Errichtung von Verlagsabteilungen geschritten. Es läßt sich in auch nicht alles in Artikelform durch die Gewerkschaftsblätter behandeln, da muß manchmal die breitere Form der Broschüre oder des Buches gewählt werden, auch notwendige Illustrationen drängen auf diesen Weg.

Nimmt man das im vergangenen Jahre von dem wissenschaftlichen Berater des Deutschen Metallarbeiterverbandes zusammengestellte Werk über „Konzerne der Metallindustrie“ (380 Seiten) in die Hand, so hat man den Eindruck, ohne hier ein Werturteil abgeben zu wollen, daß auf den neuen Wegen die ersten Schritte schon getan sind. Die Ende 1922 von unserm Verbandssekretär Otto Höhne in Buchform erschienene Studie „Technik und Gehilfenchaft im Buchdruckgewerbe“, der bald eine ähnliche, jedoch weitestläufigere Schrift vom gleichen Verfasser folgen wird, wie die Festschrift der „Buchdruckerfachbücher“ haben unsern Bildungsverband als Verleger mehr auf dem technischen Gebiete in dem hier erörterten Sinne angeleitet. Er wird sicherlich seinen Aufsatzenkreis noch erweitern.

Der Verlag in eigener Regie kann und soll auch gegen die Wirtschaftspolitik der Buchverleger zu einer wichtigen Waffe werden, obendrein unter Mithilfe außerzustattung. Theorie und Praxis werden mehr auslammengespannt werden, andererseits sind Unmöglichkeiten besser zu erkennen, wenn sie sich in eigener Erfahrung herausstellen.

Wirtschaft und Technik aber in ihrem Zusammengehen zu beobachten und in ihrer gegenwärtigen Geschäftigkeit zu erkennen, dazu haben die Frühjahrsfesten und besonders die Leipziger als Weltmesse beigetragen,

Das Ergebnis des Rates der Götter

Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Bereichs hat getagelt. Die Prinzipalität hat es in Ehrfurcht aus den Nummern 21 und 22 der „Zeitschrift“ vernommen — und ist entsetzt darüber. In weiser Würdigung dessen, daß das Volk durch die letzte Erkenntnis nur verwirrt werden kann, ist ein in Usam delphini stilisierter Bericht erschienen. Stimmungsbilder, Gartenlaube, Patriarchenbart, Unkös, zu erwähnen, das über allem „holder Friede und süße Eintracht“ gebreitet lag.

Erster Blick: Zur Abhilfe der Schleuderkonkurrenz Kollegiales Abkommen, mit dem man in Berlin die besten Erfolge erzielt habe. Entweder ist Herr Bär (Leipzig) mehr als harmlos — doch das ist bei einer so prominenten Persönlichkeit wie dem Vorsitzenden des Berechnungsausschusses kaum anzunehmen —, oder er ist von einer nicht zu überbleibenden Boshaftigkeit. Das wahrhaft lämmeliche Glas des Kollegiales Abkommens in Berlin, an dem nur die pompöse Bezeichnung wirkungsvoll ist, erübrigt sich wirklich, auch nur andeutungsweise zu erörtern.

Zweiter Blick: Aufklärung für das Volk. Wenn es sich aber nicht auflären lassen will? Der DBB klärt bereits seit eifrigeren Jahren auf, und in den Versammlungen fallen jedesmal die härtesten Worte gegen die Schleuderer, jedoch ohne den mindesten Erfolg. Aber man will noch weiter „aufklären“. Ja, ja, ein gesunder Optimismus hilft beinahe über alle Schwierigkeiten!

Dritter Blick: Kampf ums Dasein, Einigkeit; alle gegen den gemein-samen Feind! Langanbaltender Beifall! Man sollte gar nicht denken, wieviel aufmerksame Leute von so einem blühenden Kriesspropaganda für alle Zwecke lernen konnten. Den Kampf ums Dasein hat meines Wissens nach noch keiner bestritten, nur über die jeweils erforderlichen Mittel sollen kleine Unstimmigkeiten vorgekommen sein. Aber solche Vapallien sind natürlich nicht erwähnenswert, zumal wenn es sich um die Einigkeit handelt. Ist schon das deutsche Volk seit Cäsars Zeiten für seine Einigkeit berühmt, so haben die deutschen Buchdruckprinzipale im besondern den Bruderkuh nur deswegen als obligatorisch noch nicht eingeführt, weil dies eine welsche Sitte ist. Aber die Liebe der Kollegen geht bei ihnen noch über den Tod hinaus — bis hart an die Grenze des Portemonnaies. Und der gemeinsame Feind! Bittere, Tüddel! Der DBB wirkt bei den Fehdehandhabung hin! Nun wase es, wenn du Mut hast!

Vierter Blick: Der Niederstich des Herrn Geheimrats Bärenstein wird zur Entschliessung erhoben! Schade, daß man diese früher inter-essanten Ausführungen der Masse vorenthält und ihr wieder nur Broden zuwirft. Herr Bärenstein ist einer der ganz wenigen Leute, die wirklich Ideen haben, wenn auch gerade die Beschwerdeführer morbide Produkte des DBB sind. Ihre Wirksamkeit ist gleich null, denn sie haben so, wie sie heute sind, gar keine Möglichkeit, wirklich durchzugreifen. Erst wenn man dazu überginge, im Zusammenhang mit andern organisatorischen Bedingungen bei ihnen Blankowechsel der Mitgliedschaft des DBB hinter-lassen zu lassen, könnte aus ihnen etwas werden.

Fünfter Blick: Es wurde eine Kommission gebildet! Gott sei Dank! Wo wären wir ohne Kommissionen! Jetzt wird alles gut. Wie ein König feigt der neu organisierte DBB aus der Asche des alten, denn wir haben unser Gesicht „in den Schoß der Götter gelegt“.

Kurzes Weitersehen: Wieder mit den Separatisten, denn: „Wer nur den DBB läßt walten und auf ihn baut alle Zeit...“ Haupt-versammlung zwecks Inthronisierung einiger noch fehlender Kommissio-nen, Ausbau der „Zeitschrift“, so daß sie „allen berechtigten Anforderun-gen“ genügt, was ja schon oft eine bloße Verbeißung geblieben ist.

Auch ich war der Auffassung, daß die „Zeitschrift“ bisher den be-rechtigten Anforderungen nicht genügt hat. Nach dem Resultate der Verhandlungen des Hauptvorstandes bin ich jedoch zu der Überzeugung gekommen, daß das Blättchen bisher mehr als seine Pflicht getan hat. Es ist geradezu beschämend, daß in dieser Zeit und bei der mehr als un-auskömmlichen Lage gerade unfres Gewerbes seine prominenten Vertreter nichts weiter getan haben als geredet; noch dazu Dinge, die jedem leid-lig gewandten Geschäftsführer geläufig sind. Auch nicht eine einzige neue Idee hat das Licht der Welt erblickt bei diesem Rate der Götter! Auch nicht ein Vorschlag ist gemacht worden, dem man wenigstens die gute Absicht anmerken könnte, durchgreifend zu bessern. Zugabeden, daß unfre Zeit nicht übermäßig kostbar ist, denn so wie die Verhältnisse liegen, geht das Gewerbe doch wohl schneller oder langsamer zugrunde. Dazu müßte sie jedoch jedem Unternehmer zu teuer sein, um sie zu ver-schwenden, bloß um sich einmal reden zu hören. Doch jede Korporation hat die Führer, die sie verdient...

Unmittelbar nach der Niederschrift dieser Kritik traf die „Zeitschrift“ vom 18. März mit den neuen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen des DBB ein. Eine bessere Illustration der wirk-samsten Einsicht dieser Unternehmerorganisation ist kaum möglich.

Der § 1 erklärt, daß Preisangebote freibleibend, in allen Teilen un-verbindlich sind. Empfehlenswert wäre es doch dann auch gewesen, wenn man vermerkt hätte, daß die Preise nach oben auf volle 100 M. abge-rundet würden. Glaubt denn wirklich jemand, daß auf diese lächerliche Offerte irgendein nicht völlig verkrochener Abnehmer eingehen würde? Die gesamte Industrie hat feste Preise; die einzige Möglichkeit, um bei stabilerer Währung überhaupt ein Geschäft zu machen. Der DBB aber schreibt seinen Mitglidern freibleibende Preise vor! Ein Verein, der solche wirtschaftliche Unmöglichkeit seinen Mitglidern oktroyieren will, richtet sich selbst.

§ 2 verlangt Zahlung in sieben Tagen. Ganz nett gedacht, aber eben-falls undurchführbar. Bierzehn Tage ist das mindeste Ziel, das heute

gefordert wird. Eine stabile Währung hat zwangsläufig die Kredit-wirtschaft in Gefolge. Es ist ganz richtig, dagegen anzukämpfen zu wollen. Papierfabriken und Großisten geben vier Wochen Ziel, Maschinen-fabriken sogar teilweise ein Jahr. Wie will man da eine sieben-tägige Kreditgewährung für sich in Anspruch nehmen? Die Betriebe, die einen längeren Kredit nicht geben können, erleben jetzt die Folgen ihrer falschen Preispolitik zur Zeit der Inflation und ihrer kurzfristigen Kapitalanlagen in nicht sofort wieder realisierbaren Werten. Man kann sie bedauern, aber ihren Lobestempel nicht aufhalten.

Außerdem fordert § 2 die Zahlung in werbefähigen Zahlungs-mitteln. Mit Verlaub, wie soll das geschehen? Die einzelnen sogenannten werbefähigen Zahlungsmittel, die wir besitzen, sind Dollarschab-anweisungen und Goldanleihe. Beide Papiere sind fast völlig aus dem Verkehr gezogen. Rentenmark sowie die Millionencheine, die gefälligen Zahlungsmittel, müßten nach der Vorschrift des DBB zurückgewie-sen werden. Beide sind nämlich an sich nicht werbefähig, da sie als eine Währung in keine feste Relation zu einer andern Währung oder zum Golde, dem internationalen Wertmaßstab, gesetzt sind. Ist nach alle-dem ein größerer Widerspruch als diese Forderung der „werbefähigen Zahlungsmittel“ überhaupt denkbar? Sicherlich ist man sich über diese Konsequenz gar nicht klar geworden; um so weniger, als man eigentlich dadurch zu einer fragbaren Handlung auffordert. Denn die Sucht-weisung gefälliger Zahlungsmittel ist im Strafgesetzbuch unter Strafe gestellt.

Im Auslande würde die Unerschlichkeit töten, bei uns umgibt sie ihre Exponenten mit einem Glorienschein. Aber dieser Glorienschein der Götter des DBB ist verdammt beschiffen, das merken nicht nur die Separatisten immer mehr, auch die Gehilfenschaft hat, wie ihr Organ es zeigt, einen scharfen Blick für die Vorgänge im Olymp der Prinzipals-götter.

Z. D. 3.

Zum Widerspruch zwischen Preis- und Lohnpolitik

Die „Papierzeitung“, das Sprachorgan für Unternehmerinteressen der Papier- und Papierverarbeitungsindustrie, unterzieht in seiner am 22. März erschienenen Nr. 24 in der Rubrik „Papierverarbeitung — Buchgewerbe“ die Preispolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereichs im vornehmsten Artikel. Die orakelhaften Hoffnungsversuche der „Zeit-schrift“ finden dabei eine satirische Glossierung, und es wird nicht be-merkt, daß es der Redakteur des Herrn Bärenstein bei der letzten Hauptvorstandssitzung des DBB gelungen sei, die wirtschaftliche Macht-stellung, die er in dem Instrument des Druckpreistarifs und in den Organen seiner Überwachung zu besitzen glaubt, zu sichern“. Dann heißt es jedoch weiter: „Ebenjowenig aber wird es zu beklagen sein, daß sich dadurch die Bestellerteile nicht werden überzeugen lassen, daß die Druck-preise zur Zeit zu teuer sind, weil dafür fast alle Druckereien selbherden Beweise erbringen, indem sie diese Preise jetzt da nicht voll in Ansatz bringen, wo es gilt, neue Aufträge aus Privatkreisen zu erhalten. Nur den durch Verträge gebundenen laufenden Arbeiten und den behördlichen Druckaufträgen werden die Preise bzw. Aufschläge voll anzurechnen, soweit man hier nicht bereits offiziell oder freiwillig ebenfalls Nachlass ein-räumte. Die höheren Unkosten nicht voll beschäftigter oder schlecht ge-leiteter Betriebe können doch nicht Maßstab allgemeinen Preisstandes sein.“

In Anlehnung an das Resultat einer vom Deutschen Buchdrucker-Bereich vorgenommenen Rundfrage bei Großstadt- und Provinzdruckern weist dann die „Papierzeitung“ mit Recht darauf hin, daß dabei Fälle von Preisfäule mitgeteilt wurden, die eher für Preisabbau ins Feld geführt werden könnten als für die Durchdringung der jetzigen hohen Säue. Darin erklärt die „Papierzeitung“ Wider-sprüche insbesondere bei Lohnverhandlungen, die aufzulösen dem Vorstande des DBB unmöglich sein wird, der sich aber doch nicht dem Vorwurf aussetzen wolle, der gegen gewisse Preispartelle und Syndikate erhoben wird. Daß dann zum Schluß diese Kritik mit dem gleichen Grundsatze schließt, der auch uns zu der Beleuchtung und Be-kämpfung der vorhandenen großen Widersprüche zwischen Lohn- und Preispolitik veranlaßt, und zwar mit den Worten: „Die meinen es vielleicht am aufrichtigsten mit dem Gewerbe, die vorunhaltbaren Überspannungen rechtzeitig warnen“, ist doch auch nur ein Beweis dafür, daß die Preis- und Lohnpolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereichs das ganze Buchdruckgewerbe in eine unhaltbare Situation gebracht hat. Daß dies fast zu einer Zeit öffent-lich in Erscheinung tritt, wo Mächtigkeiten einer durchgreifenden Ge-sundung besonders nabeliegen, ist die Schuld jener berufsfernen Geister im DBB, die da glauben, es wäre überflüssig, den Ansichten und Forderungen der Vertreter der Gehilfenschaft irgendetwas Rechnung zu tragen.

Aber die gegenwärtige Situation zeigt deutlicher als je zuvor, daß dies ein Krampf ist, und wir empfehlen den Herrschaften, bei den bevor-stehenden Lohnverhandlungen von dieser Taktik endlich Abstand zu nehmen. Denn der Widerspruch zwischen Lohn und Preis im Buchdruck-gewerbe ist bereits noch, daß, je länger er besteht, die Substanz und Durchführung des Preistarifs von der Praxis im gewerblichen Leben um so rascher und unheilvoller untergraben wird. Erst wenn die Spanne zwischen Lohn und Preis wieder in ein gesundes und berechtigtes Ver-hältnis gebracht ist, wird auch die Möglichkeit einer einheitlichen Durch-führung des Preistarifs möglich sein.

Unsern Vertretern zu den Lohnverhandlungen noch auf den Weg

Am 26. März finden neue Lohnverhandlungen statt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildet sicher der Gehilfenantrag auf Lohn-erhöhung.

Wie man aus dem Anzeigenteil des „Korr.“ ersehen kann, werden die Buchdrucker wieder gesucht, vor allem die Maschinensetzer. Es ist dies ein Zeichen, das uns wieder bessere Tage beschreiben sein werden. Daß nun die Maschinensetzer so gesucht sind, ist nicht zu verwundern, denn sie sind ja die billigsten Arbeitskräfte unter den Gehilfen.

Wenn die bisherige Lohnpolitik weiter beibehalten wird, werden die Kollegen vom Kasten wohl sehr bald den Nachteil davon verspüren. Hier in meinem Städtchen, 12 1/2 Proz. Drucksatzschlag, arbeiten die Handsetzer 53 Stunden, die Maschinensetzer 28 Stunden. Die Handsetzer erhalten bei ihrer Vorkriegsarbeitszeit 28,80 M., die Maschinensetzer mit den lumpigen 7 1/2 Proz. Aufschlag 27,74 M., also nicht einmal 1 M. mehr. Für diese 1 M. mehr werden an der Maschine drei Kollegen vom Kasten ersetzt. Der Handsetzer ist nicht mehr weit vom Vorkriegslohn entfernt, während der Maschinensetzer noch sehr weit davon ab ist.

Unsere Vertreter bei den Lohnverhandlungen müssen unbedingt für den 20prozentigen Aufschlag der Maschinensetzer eintreten. Gutbezahlte Stellen können nur Ledige erhalten, da die Verheirateten der Wohnungsverhältnisse wegen gebunden sind. Diese Lage scheinen unsere Prinzipale auszunutzen, aber wie lange noch? B.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Die neue Verordnung über die Fürsorgepflicht

Kurz vor Ablauf des zweiten Ermächtigungsgesetzes (15. Februar) brachte die Marx-Regierung noch in aller Eile einige Verordnungen heraus, die dazu dienen sollen, die Reichsfinanzen zu gesunden. Soweit sie sozialpolitischen Inhalts sind, bedeuten sie zum Teil schlimmsten Rückschritt und weitere Verelendung der Ärmsten der Armen.

Ein besonderes Monstrum stellt die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 18. Februar 1924 dar. Das Reich wälzt danach mit einem Federstrich alle Lasten der sozialen Fürsorge auf die Länder und Gemeinden und schafft dadurch eine Zersplitterung und Ungleichheit der Leistungen, die sich nur unheilvoll für die Betroffenen auswirken kann. Die Länder haben nach der Verordnung Fürsorgeorganisationen (Landesfürsorgeverbände und Bezirksfürsorgeverbände) zu schaffen. Zu letzteren können Gemeinden und Gemeindeverbände bestimmt werden. Ihre Aufgabe besteht in a) der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene und die ihnen auf Grund der Versorgungsansprüche Gleichstehenden; b) der Fürsorge für Rentenermpfänger der Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie nicht den Versicherungsträgern obliegt; c) der Fürsorge für die Kleinrentner und die ihnen Gleichstehenden; d) der Fürsorge für Schwerbeschädigte und Schwererwerbsbehinderte durch Arbeitsbeschaffung; e) der Fürsorge für hilfsbedürftige Minderjährige; f) der Wochenfürsorge. Bezeichnend für den Geist der Verordnung ist, daß die Fürsorgeverbände einzelne ihrer Aufgaben den Verbänden oder Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege übertragen können. Bei der herrschenden reaktionären Einstellung werden sicher nur bürgerliche Vereine dafür in Betracht kommen und der Gesinnungsschnüffel damit wieder Tor und Tür geöffnet.

Voraussetzung, Art und Maß der Fürsorge bestimmt das Land. Je nach der sozialen Einstellung der Landesregierung wird sich also die Fürsorge bemessen. Zwar kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats Grundzüge herausgeben. Dabei wird niemals Gutes herauskommen, da die im Reichsrat vertretenen Länder sich gegen zu starke Verpflichtungen finanzieller Art wehren und letzten Endes dennoch nach Gutdünken schalten und walten werden.

Sympathisch an der ganzen Verordnung berührt lediglich der § 7, der eine Aufhebung des Reichsgesetzes über den Unterstütsungswohnfiß darstellt. Jeder hilfsbedürftige Deutsche muß nunmehr vorläufig von demjenigen Bezirksfürsorgeverband unterstützt werden, in dessen Bezirk er sich bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet. Zur Fürsorge endgültig verpflichtet ist derjenige Verband, in dessen Bezirk der Hilfsbedürftige bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit den gewöhnlichen Aufenthalt hat. Eingeschränkt wird diese Verbesserung des bisherigen Zustandes aber dadurch, daß im § 38 der Reichsregierung das Recht gegeben wird, mit Zustimmung des Reichsrats Grundzüge für die Auslegung der Verordnung aufzustellen und zu bestimmen, daß und inwieweit der gewöhnliche Aufenthalt an einem Orte erst nach Ablauf einer Frist als begründet gilt. Der Bezirksfürsorgeverband des Ortes, an dem die Familie Wohnung und Haushalt hat, ist zur Fürsorge für die Mitglieder der Familie endgültig verpflichtet, auch wenn sie bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit ihren Aufenthalt an einem anderen Ort hatten.

Wird ein uneheliches Kind innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt hilfsbedürftig, so ist derjenige Bezirksfürsorgeverband endgültig verpflichtet, in dessen Bezirk die Mutter im sechsten Monat vor der Geburt zuletzt ihren gewöhnlichen Aufenthaltort gehabt hat oder in Ermangelung eines solchen der Landesfürsorgeverband, in dessen Bezirk sie sich in diesem Monat zuletzt aufhalten hat. Das gleiche gilt für die uneheliche Mutter hinsichtlich der innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt des Kindes notwendig werdenden Fürsorgemaß-

nahmen, auch wenn die Hilfsbedürftigkeit vor der Geburt eingetreten ist; es sei denn, daß diese offensichtlich außer Zusammenhang mit der Geburt steht.

Erkrankt eine Person, die an einem Orte mindestens eine Woche hindurch gegen Lohn oder Gehalt in einem und demselben Dienst- oder Arbeitsverhältnis gestanden hat, während der Fortdauer dieses Dienst- oder Arbeitsverhältnisses oder innerhalb einer Woche nach seiner Beendigung, so hat der Bezirksfürsorgeverband des Dienst- oder Arbeitsortes die Kosten der erforderlichen Kur und Verpflegung für die ersten 28 Wochen nach dem Beginn der Krankenpflege endgültig zu tragen. Die Verpflichtung des genannten Bezirksfürsorgeverbandes erstreckt sich auch auf die Fälle der Erkrankung der Ehefrau und der noch nicht 16 Jahre alten Kinder des Arbeitnehmers, die sich bei ihm befinden. Wird im Falle der Erkrankung einer dieser Personen Kur und Verpflegung auf Kosten einer Krankenkasse gewährt und tritt die Fürsorge nach Beendigung der Leistungen der Kasse ein, so sind die Kosten der Fürsorge vom Bezirksfürsorgeverband des Dienst- oder Arbeitsortes in der gleichen Weise zu tragen, wie wenn diese schon in dem Zeitpunkt eingetreten wäre, in welchem die Leistungen der Krankenkasse begonnen haben. Entsprechendes gilt für Lehrlinge.

Ein Ausländer muß vorläufig von dem Bezirksverband unterstützt werden, in dessen Bezirk er sich bei Eintritt der Hilfsbedürftigkeit befindet.

Dies der wesentlichste Inhalt, soweit er den Anspruch betrifft. Damit nun niemand auf den Gedanken kommt, daß diese Fürsorge doch ganz aut und sozial ist, wird die Gewährung an äußerst harte Bedingungen geknüpft. Einmal wird die Arbeitspflicht für die Unterstützung eingeführt, und andererseits bestimmt das Land im Rahmen reichsgesetzlicher Vorschriften, inwieweit ein Hilfsbedürftiger, der zu hinreichendem Vermögen oder Einkommen gelangt, die aufgewendeten Kosten dem Fürsorgeverband zu ersetzen hat. Jeder, der schon einmal das „Glück“ hatte, auf Kosten der Gemeinde Unterstützung zu beziehen, weiß, in wie rigoroser Weise die Zurückerstattung betrieben wird. Der Erlassanspruch kann auch gegenüber dem Erben geltend gemacht werden. Also genau wie in der Armenfürsorge.

Die Unterstützung Arbeitsfähiger kann nach § 19 der Verordnung in geeigneten Fällen durch Anweisung angemessener Arbeit gemeinnütziger Natur gewährt oder von der Leistung solcher Arbeit abhängig gemacht werden; es sei denn, daß dies eine offensichtliche Härte bedeuten würde. Derjenige, der, obwohl arbeitsfähig, infolge seines sittlichen Verschuldens der öffentlichen Fürsorge anheimfällt oder einen von ihm zu Unterhaltenden der Fürsorge anheimfallen läßt, kann in einer von dem betreffenden Lande als geeignet anerkannten Anstalt oder sonstigen Arbeitseinrichtung zur Arbeit untergebracht werden, wenn er die Arbeit beharrlich ablehnt oder sich der Unterhaltspflicht beharrlich entzieht. Das gleiche Schicksal blüht dem Vater eines unehelichen Kindes, wenn er die Unterhaltszahlung verweigert. Also mit Zwangsarbeit soll die soziale Fürsorge bezahlt werden! Die Art der Bestimmungen öffnet der Willfür Tür und Tor. Eine von der Sozialdemokratie geforderte Mitbestimmung eines Ausschusses der Fürsorgeberechtigten bei Anwendung der Zwangsmassnahmen wurde abgelehnt.

Die Verordnung gibt dann dem Fürsorgeverband noch das Recht, von den Kindern Hilfsbedürftiger Erlass zu verlangen. Hierbei geht sie noch über die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches hinaus. Das BGB. laut im § 1603: Unterhaltspflichtig ist nicht, wer bei Berücksichtigung seiner sonstigen Verpflichtungen außerstande ist, ohne Gefährdung seines standesmäßigen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren. In der Verordnung heißt es demgegenüber wörtlich:

Der Fürsorgeverband kann in den Grenzen des notwendigen Unterhalts Erlass seiner Aufwendungen von den Kindern des Hilfsbedürftigen auch dann verlangen, wenn sie nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 1603) lediglich nicht unterhaltspflichtig sind, weil sie sonst ihren standesmäßigen Unterhalt geschehen würden.

Der Unterschied liegt in den Worten „notdürftigen“ und „standesmäßigen“ Unterhalts. Schon bei der bisherigen Rechtspraxis wurden in rücksichtsloser Weise Kinder zu Ersatzeleistungen herangezogen. Mit der jetzigen Bestimmung wird man in der Lage sein, in Kürze jeden verunsicherten Pfennig wieder einzutreiben.

Aufgehoben werden durch die Verordnung: a) das Reichsgesetz über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenermpfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung; b) das Gesetz über Kleinrentnerfürsorge; c) das Gesetz über die Kosten der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sowie alle sonstigen Vorschriften, nach denen das Reich Kosten der sozialen Fürsorge im Sinne des Reichsversorgungsgesetzes zu tragen hat; d) das Gesetz über die Wochenfürsorge. Die Verordnung tritt am 1. April 1924 in Kraft. H. L.

Korrespondenzen

Hamburg. Unser Ortsverein nahm in der Versammlung am 15. März nach einem Referat des Gewerkschaftssekretärs Köpff über: „Die Bedeutung der bevorstehenden Betriebsratswahlen“, Stellung zu den letzten Lohnverhandlungen, und es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Hamburg verleiht ihre höchste Zustimmung aus über die jüngste Forderung der Brundallität auf 20prozentigen Lohnabbau, trotzdem festzustellen ist, daß Lebensmittel, Steuern und Abgaben erheblich gestiegen sind. Die jetzigen Löhne stellen wahre Hungerlöhne dar, und die heutige Versammlung erwartet von ihren Vertretern, daß sie bei den nächsten Lohnverhandlungen den Verhältnissen entsprechende Löhne erzielen. Wie

erklären den jüngst gefällten Schiedspruch als jeglicher sozialen Einsicht entbehrend und nur zur Erweiterung der Kluft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer führend. Wir verurteilen des weiteren im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen die unnötige und unangenehmste Überschreitung des Achtstundentages, die sich die Großindustrie nur aus Gründen des Eigennutzes dem Prinzip gemacht hat. Einangas der Versammlung begrüßte der Vorsitzende besonders die zum Beruf zurückgekehrten Kollegen. Durch Einsetzen der flotten Konjunktur ist unsere Mitgliederzahl auf 73 gestiegen. Nach Bekanntgabe verschiedener Einläufe und nach Aussprache örtlicher Angelegenheiten wurde angeregt, die nächste Bezirksversammlung im Juni in Kronach abzuhalten.

Berlin. Am 10. und 11. Februar fanden elf Bezirksversammlungen statt, die im Zeichen der Delegiertenwahlen standen. Die Opposition machte die bestmöglichen Anstrengungen, um die Zusammenkunft des Gauvorstandes in ihrem Sinne zu gestalten. Die kommunistische Fraktion mit den „Sympathisierenden“ schickte sich an, den Generals Sturm zum Sturz des Gauvorstandes zu unternehmen. Die Wahlen hatten das Ergebnis, daß von insgesamt 428 Delegierten 378 Delegierte gewählt wurden, die von einer radikalen Umstellung der Gewerkschaftspolitik nichts wissen wollen, während auf die kommunistische Richtung 50 Mandate entfielen. — In der Generalversammlung am 20. Februar gab Kollege Braun beim ersten Punkt der Tagesordnung einen gedrängten Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr, das kein Jahr der Siege und des Triumphs, sondern ein Lebensjahr für die gesamte Arbeiterklasse gewesen sei. In 27 Lohnerböhen sei das Minimum von 18 000 M. am 1. Januar 1923 auf 27 Millionen am Jahresende gestiegen, eine nach früheren Begriffen märchenhafte Summe, die aber heute kaum drei Viertel des Berliner Vorkriegslohnes betrage. Der Mitgliederstand ist um 800 gesunken und betrage noch 13 032. Redner ging dann auf die Mitgliederfluktuation am Jahresende und die Beitragsperre ein, wobei er konstatierte, daß Hunderte von Kollegen zur Befinnung gekommen und wieder in Reich und Glied seien. Die Arbeitslosigkeit am Jahresende habe eine erschreckende Höhe (5579) erreicht, sei aber in den letzten sechs Wochen um über 1000 gefallen. Kollege Braun klassierte sodann die Ursachen des vorliegenden Niederganges, gezielte die teils unglücklichen, teils unverantwortlichen Maßnahmen der Regierung und ging auf ihre Auswirkungen ein. Vom zweifelhafte erfolgreichem Auszugstreif auf den Streik im November, der lediglich durch die brutalen Maßnahmen der Militär-gewalt niedergeknüpelt wurde, übergehend, behandelte Redner auch dessen Ursachen und Folgen, die erfreulicherweise zum großen Teile schon wieder ausgeglichen seien, wobei er auch der verfehlten Gründung des „nationalen“ (gelben) Verbandes und seines verunglückten Arbeitsnachweises und ihrer Gründer gedachte. Die Befürchtungen, daß mit dem alleinstufigen heftig bekämpften letzten Abkommen die 48-Stunden-Woche erlitten sei, haben sich nicht ausgewirkt, denn nach einer in dieser Woche aufgenommenen Statistik wurde in den bisher erfaßten 300 Betrieben nur in 84 derselben 58 Stunden gearbeitet, in allen andern weniger, sogar bis 45 Stunden herab. Redner bewies an einer Reihe von Tatsachen, daß das gesunkene Vertrauen der Mitglieder wieder zurückgekehrt sei und daß sich allgemein die gesunde Ansicht Bahnbreche, daß man dem Machtwort des Unternehmertums nur durch eine geschlossene Abwehrfront begegnen könne, denn nach den Auslassungen der „Zeitschrift“ vom 18. Januar sei kein Frieden, sondern nur ein Waffenstillstand eingetreten. Kollege Braun fixierte dann die Aufgaben, die wir im laufenden Jahre zu erledigen hätten und besuchte noch die zu überwindenden großen Widerstände, die uns veranlassen müßten, jeden Bruderswitz zu vermeiden, keine Partei-, sondern reine Gewerkschaftspolitik zu treiben, das Herunterreißen und Zerlegen der leitenden Personen einzustellen und zu wählen zwischen radikaler Präsenzdrescherei und zielbewusstem, feiltem Aufbau. Redner erntete starken Beifall. In der Diskussion wandte sich Kollege Schreier gegen Brauns Darlegungen und gab der bisher verfolgten Gewerkschaftspolitik die Schuld des gewerblichen Niederganges. Das Proletariat habe eine andre Phase der Entwicklung durchzumachen. Gegen die von Braun erhobene Beschuldigung, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften nur Zerstörungsarbeit verrichtet haben, legte er entscheidende Beweise ein. In kurzer Zeit werde es bei den Buchdruckern bald anders sein, der zwingende Gang der Entwicklung bürge dafür. Gegen die Kollegen Scheidemann, Löbe, Hilbrand und Fischer beantragte Redner den Ausschluß wegen ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Kollege Bartolin als Arbeitslosenrat wandte sich mit Schärfe gegen die in den Großbetrieben eingerissene Überarbeit und forderte entsprechende Maßnahmen des Gauvorstandes. Die Vertrauensleute müßten mehr ihre Pflicht erfüllen. Kollege Richter als Leiter der Versammlung betonte, daß er den Ausschlußantrag Schreier nicht zulassen könne; wir dürften nicht Richter spielen über die politische Einstellung unserer Kollegen, drei dieser Kollegen seien überdies gar nicht Mitglieder des Berliner Gaus. Kollege Kiesebeck trat für die Arbeitslosen ein und wandte sich mit Schärfe gegen Schreier und die kommunistische Zerstörungsarbeit im Allgemeinen. Nachdem man alles in Grund und Boden verdonnert, das Vertrauen in die Organisationsleitung die Frage gestellt: „Was habt ihr erreicht?“ Schreiters Ausschlußantrag sei ein richtiges Kasperletheater; damit wolle man nur in der Öffentlichkeit betonen: was sind wir Kommunisten bloß für verurteilte Kerle! Gabben, der Redakteur von „Graphischen Welt“, wäre längst reich für seinen Ausschluß. Dieser Kollege, der nach seiner eigenen Darstellung es für ein „zweifelhafte Verhängnis“ findet, Verbandmitglied zu sein, gehe zwar nicht selber, lege aber alles darauf an, „Märtyrer“ zu werden. Gegen solche Verfechter der „Einheitsfront“ müßten sich alle unsere Kollegen mit Entschiedenheit wenden. Nach einem kurzen

Schlusswort des Kollegen Braun wurde zur Wahl des Gauvorstandes geschritten. Die von der Opposition für den ersten und den zweiten Vorsitzenden gestellten Gegenkandidaten fanden keine ansehnliche Unterstützung; die Kollegen Braun und Albrecht wurden mit überwältigender Majorität gewählt, ebenso einer von den vier Schriftführern. Für den Kassierer und die drei andern Schriftführer macht sich eine Urwahl notwendig. Die Bezirksleiter, Spartenvertreter und Kommissionen fanden ihre Bestätigung. Ein Appell des jugendlichen Vertreters im Belegungs-ausschuss, M ö h r i n g, an die Vertrauensleute, sich mehr als bisher der Beleglinge anzunehmen, wurde unter Zustimmung zur Kenntnis genommen. — Nach Schrift: Die am 4. März vorgenommene Ausscheidung der Stimmzettel ergab das folgende Resultat: Die bisherigen Schriftführer A. P i e t s c h, E. S c h m i d t und H. B a d u wurden mit überarößer Mehrheit wiedergewählt, ebenso mit noch größerer Stimmenzahl der langjährige Kassierer Kollege S c h l e f f e r. Der bisherige Schriftführer B. M u s s i a l schied von der Urwahl aus, da der ihm gegenübergestellte Gegenkandidat in der Generalversammlung nicht die genügende Unterstützung (50 Stimmen) fand.

Frankfurt a. M. (Maschinensetzer.) Die aufbesuchte Generalversammlung am 24. Februar nahm den Jahresbericht des Vorsitzenden zustimmend entgegen; auch der Kassenbericht wurde genehmigt. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des zweiten Vorsitzenden und des Beisizers, die eine Wiederwahl ablehnten, einstimmig wiedergewählt. Eine kurze Rundfrage in der Versammlung über die Über-minimumbezahlung und die Einführung der neuen Arbeitszeit zeigte interessante Resultate. Eine Resolution, die mit aller Entschiedenheit eine wesentliche Besserstellung unserer derzeitigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse fordert, wurde einstimmig angenommen.

Halle a. S. Die am 21. März abgehaltene Mitglieder-versammlung nahm Stellung zur Lohnfrage. Festgestellt wurde, daß das Minimum für jung und alt Trumpf ist und daß auch die 2/3 Lokal-ausschlag prompt abgezogen wurden — ein Feilschen wegen 54 Pfennig! Halle hat hiermit im Kreis VI den Vogel abgeschossen! Der unzureichenden Entlohnung (ohne Rücksicht auf Qualifikation!) gaben alle Redner Ausdruck, worauf die Versammlung folgender Resolution zustimmte: „Die am 21. März im „Vollpark“ versammelten Mitglieder des Ortsvereins Halle im Verband der Deutschen Buchdrucker beauftragen ihre Vertretung, von der Prinzipalität zu fordern, daß an Stelle der jetzt unzureichenden und in keinem Verhältnis zu den jetzigen Lebenshaltungskosten stehenden Löhne ausreichende Löhne treten, die es ermöglichen, ein einigermaßen erträgliches Leben führen zu können. Sie ersuchen die Verbandsleitung, den berechtigten Forderungen der Gehilfenschaft Geltung zu verschaffen. Die Gehilfenschaft gelobt, geschlossen hinter der Verbandsleitung zu stehen.“

K. W. Hannover. (Maschinensetzer.) Unsere aufbesuchte Generalversammlung am 16. März befaßte sich u. a. auch mit der ichigen ungenügenden Bezahlung der Intensiven und aufreißenden Tätigkeit des Maschinensetzers. Einmütig war man der Ansicht, daß einer Vorkriegsleistung an Arbeit auch eine Vorkriegsentlohnung zukomme, zumal das Setzungsabonnement jetzt viermal und noch höher sei als 1914. Um einer Forderung um Besserentlohnung den nötigen Nachdruck zu verleihen, wurde der Vorstand beauftragt, in einem Zirkular an die Sekundärmaschinenbesitzer präzisere Angaben zu machen. Bis 21. März wird von letzteren eine Antwort erwartet. Ferner wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die lautet: „Die am 16. März abgehaltene, aufbesuchte Versammlung der Maschinensetzervereinigung Hannover gibt der Unzufriedenheit lebhaften Ausdruck darüber, daß trotz starker Inanspruchnahme der Arbeitskraft durch den Aufschwung des Gewerbes sowie durch die Verlängerung der Arbeitszeit von 48 auf 51 Stunden der 25prozentige Zuschlag noch nicht gezahlt wird. Die Versammlung verlangt aber von der Zentralkommission, alles daran zu setzen, um unsern Vorkriegsausschlag wieder zu erlangen. Sie erwartet von unsern Tarifunterhändlern, daß das allgemeine Lohnniveau bei der künftigen Lohnregulierung auf den Friedensstand wieder heraufgesetzt wird.“ Diese Resolution wurde dem zuständigen Gehilfenvertreter und der Zentralkommission der Maschinensetzer zugestellt.

Heidelberg. In unserer Hauptversammlung am 10. Februar erstattete Vorsitzender Doerr eingehenden Bericht über die Bezirks-vorstandskonferenz in Mannheim. Seine interessanten Ausführungen wurden von den zahlreich erschienenen Kollegen mit Beifall aufgenommen. Im Jahresbericht bezeichnete er das Jahr 1923 mit Recht als ein Inflations- und Hungerjahr, in dem unsere Kollegen durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit viel leiden mußten. Am Achtstundentag konnte in Heidelberg bisher festgehalten werden. Der Kassenbestand ist trotz des schlechtesten Jahres ein guter. Auf Antrag des Vorstandes wurde das „Korr.“-Laboratorium einstimmig beschlossen. Nachdem die Versammlung dem selbigen Vorstand für seine erfolgreiche Tätigkeit den Dank ausgesprochen hatte, schritt man zur Neuwahl. Fast der ganze Vorstand wurde wiedergewählt.

Hg. Königsberg i. Pr. In unserer zweiten ordentlichen Generalversammlung am 16. März referierte Gauvorsitzer Reiser über: „Die Lage im Buchdruckgewerbe“. Sein Vortrag, der die Lohnverhandlungen und die übrigen Tariffragen streifte, wurde mit großem Beifall aufgenommen. Zu der darauffolgenden Aussprache wurde von allen Anwesenden das unstatliche Verhalten der Prinzipale den Gehilfen gegenüber verurteilt. Dem Verbandsvorstand sowie den Gehilfenvertretern wird dringend empfohlen, einen Lohnabbau im Osten energisch entgegenzutreten. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 16. März 1924 im Königsberger Gewerkschaftshaus tagende zweite ordentliche Generalversammlung erhebt schärfsten

Protest gegen die unerschrockene Verabschiedung des Lokalauschlages von 22 1/2 auf 20 Pros., gegen die rücksichtslose Aukerachtlassung aller überlieferter Bestimmungen, wie überhaupt gegen die schamlosen Lohnabbauanstrengungen der Prinzipale, die in ihrer grenzenlosen Profitgier für die alleräußersten Lebensnotwendigkeiten, für das soziale Wesen der Gehilfen kein Verständnis aufzubringen vermögen. Nicht nur eine totale Verarmung durch niedrige Löhne, sondern auch ein körperliches Verfallern, ein frühzeitiger Verbrauch der Lebenskraft infolge Unterernährung und Überarbeit sind die Folgen einer abstrakten Wirtschaftspolitik, die den dunkelsten Abschnitt in der Sozialgeschichte unseres Gewerbes bilden. Wir sind nicht gewillt, uns weiter mit den erbärmlichen Schindludern abzugeben und erwarten, daß in der Lohnfrage ungeachtet einer grundlegenden Änderung angestrebt und durchgeführt wird.

München. (Stereotypenre.) Unsr Generalversammlung, die mittelmäßig besucht war, fand am 2. Februar statt. Nach Erledigung der Vereinsmitteilungen und Aufnahmen gab zweiter Vorsitzender Böhrer den Jahresbericht. Im Bericht interessierte besonders, daß die mit so großen Hoffnungen gegründete Gewerkschaft Bayern infolge wirtschaftlicher Schwierigkeiten nicht aufrecht erhalten werden konnte. Die Versammlungen des Jahres waren im Durchschnitt gut besucht. Es wäre aber trotzdem zu wünschen, daß die jüngeren und andre saumselige Kollegen sich ihrer Pflicht als Spartenmitglieder besser bewußt würden. Einzelne Mitglieder zogen es vor, während der Inflationsperiode dem Fachverein den Rücken zu kehren. Kollege Graeff gab den Kassenbericht und es wurde ihm Entlastung erteilt. Bei der nun folgenden Neuwahl des Vorstandes setzte eine lebhafteste Debatte ein, nachdem der gesamte Ausschuss erklärt hatte, daß er eine Wiederwahl aus gebotenen Gründen ablehne. An dieser Stelle sei ihm nochmals für seine wertvolle Tätigkeit gedankt. Nach vollzogener Neuwahl fungierten nun als Vorsitzender Kollege Moritz Steitner, als Kassierer Kollege Joseph Hemmerich. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluss der Versammlung.

Megensburg. Am 9. Februar fand unsr Generalversammlung statt, die außer den Berichten der Funktionäre noch eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen hatte. Erwähnenswert erscheint der Beschluß, den Ortsbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen, wofür am 1. März das „Korr.“-Obligatorium zur Einführung gelangte. Kollege Franz Schmid, der seit 25 Jahren dem Ortsauschuss in treuester und hingebender Pflichterfüllung als Kassierer angehört, konnte sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr entschließen, weiter im Amte zu verbleiben. Wir möchten nicht verkümmern, unserm Kollegen Schmid, der in der stillen Arbeit mit den Fingern unserer Organisation hervorragende Dienste leistete, auch an dieser Stelle den Dank der Gesamtmitgliedschaft zum Ausdruck zu bringen.

Den Alten zur Ehe, den Jungen zur Lehre!

(50jährige Verbandsjubiliän)

Paul Doank in Lübeck. Zeitige Kondition: Druckerei des „Lübener Generalanzeigers“.

Adolf Cassel, geboren in Mirchau, i. P. Jetzt beschäftigt in der Drickrankenlaffe der Berliner Buchdrucker.

Allgemeine Rundschau

Warnung vor Konditionsannahme. Wie uns das Internationale Buchdruckersekretariat in Bern mitteilte, sucht die Firma A p e m a r d Cou l i n s, Buchdrucker und Lithographische Anstalt in Nimes (Frankreich), Gehilfen aus dem Auslande einzustellen. Da die genannte Firma als Außenleiter gilt, weil sie den Buchdruckerlohn nicht unterseht hat, wird dringend vor Konditionsannahme bei dieser gewarnt.

Gelbe Verräter von Arbeiterinteressen. Die sogenannten nationalen Arbeiter wollen es im allgemeinen nicht Wort haben, daß ihre Bewegung durch die Unternehmer und in deren Interesse ins Leben gerufen worden ist. Den Gegenbeweis zu führen, sind die Gelben natürlich nicht in der Lage, und sie verschanzten sich, in die Enge getrieben, zum Teil hinter allerlei Ausschüchten über den von den freien Gewerkschaften angehängt gezeichneten Terrorismus und dergleichen Unsinn mehr. Anders die gelben Buchdrucker, die sich kürzlich zu einem nationalen Berufsverband, dem allerdings nur noch die Mitgliebler fehlen, zusammenschanden. Diese Gelben kämpfen mit offenem Risse. Sie geben sich die Ehre — wie es in dem uns vorliegenden Schreiben heißt — die Herren Prinzipale einzuladen zu ihrer im Kleinen Festsalle des Berliner Lehrervereinshauses am 5. März abgehaltenen Versammlung. Wörtlich besagt die Einladungs dann weiter: „Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß das zur Verhandlung stehende Thema auch für die Herren Prinzipale von größter Wichtigkeit ist, erscheint uns Ihre Teilnahme an dieser Versammlung erwünscht.“ Ein schimmernder Verrat von Arbeiterinteressen, als er sich durch diese Einladung dokumentiert, ist kaum denkbar. Da den gelben Herrschaften der Mut fehlt, durch gewerkschaftliche Arbeit etwas zu erlangen, versuchen sie sich durch Liebedienerei und gefälliges Verhalten bei den Prinzipalen anzuheben. Ein Buchdruckerhilfe, der den gelben Verrätern ins Garn läuft, muß ein ausgemachter Trottel sein. Es fällt schon den Christlichnationalen nicht leicht, sich im Buchdruckgewerbe zu behaupten — ihre neuen Laktationspraktiken in der Reichdruckerzeit bewiesen es —, aber den nationalen Gelben blüht gleich gar kein Glück.

Ein Buchhandelskonzern im Ruhrgebiet. Die bedeutendsten und kapitalträchtigsten Buchhandelsfirmen im Ruhrgebiet, nämlich die Buch-

handlung Baedeker in Essen, die Buchhandlung Senastembera in Bochum und die Buchhandlung Briemann & Wedder in Dortmund, schlossen sich zu einer „Ruhrland-Buchhandlung G. m. b. H.“ mit dem Sitz in Essen zusammen. Dieser Zusammenschluß, einer der ersten auf dem Gebiete des Buchhandels, wird in einer Art Wapzettel als in erster Linie im Interesse der Industriebevölkerung gelegen bezeichnet. In Wirklichkeit dient die kapitalistische Konzernbildung der drei genannten Buchhandelsgroßfirmen lediglich dazu, die gegenseitige Konkurrenz auszuhalten und so die Erzeugnisse geistiger Kultur zu verteuern. Gegen eine derartige, mit dem Wesen des Buchhandels unvereinbare Konzernbildung sollte von Reich wegen auf Grund des Gesetzes über Kartellbildungen eingeschritten werden. Die Profitsucht der Buchhändler schreit ohnehin schon zum Himmel.

„Gewerkschaftslehre.“ Unter diesem Titel abendt unser Kollege Karl Zwina in Jena, ein bewährter Gewerkschafter, der sozusagen von der Pike auf gebildet hat, vom 1. Mai an eine wissenschaftliche Zeitschrift für die Gewerkschaftsbewegung herauszugeben. Es handelt sich dabei um Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Als Mitarbeiter werden zunächst genannt: Vlasow, Sinheimer, Fallenberg, Körpel, Aufhäuser, Engelbert Graf, Jette, Martin Wagner u. a. m. Die Schrift soll sich in populär-wissenschaftlicher Weise an Gewerkschaftsvorstände, Funktionäre und vorwärtsstrebende Gewerkschafter wenden und soll der Vertiefung wirtschaftlichen und sozialen Wissens und der Befestigung des gewerkschaftlichen Gedankens dienen.

Erhöhung der Beamtensgehälter am 1. April. Der Reichsrat stimmte am 20. März der Erhöhung der Beamtensgehälter zu, entsprechend den Vorschlägen der Reichsregierung. Danach tritt am 1. April eine Erhöhung der Beamtensgrundgehälter um 13 Proz. ein. Die Ortsauschüsse erfahren eine Erhöhung auf 80 Pros. von drei Vierteln der früheren Wohnungsgelder; ferner erfolgt eine Erhöhung der Familienzuschläge um 2 R. für die Frau und um 2 R. für jedes Kind. Die beschlossene Gehaltserhöhung der Beamtensgehälter beläuft sich auf über 20 Pros. Damit ist der Zeitpunkt eingetreten, wo (nach der vom Sächsischer gegebenen Begründung des Schiedspruchs vom 4. März) berechtigten Wünschen nach Lohnerrhöhung auch von der Privatindustrie Rechnung getragen werden muß. Die Probe auf dieses Exempel wird am 28. März bei den Lohnverhandlungen für das Buchdruckgewerbe gemacht werden.

Starke Preissteigerung für Textilwaren. Die Veranstaltungen sogenannter Weihen Wochen in fast allen Groß- und Mittelstädten haben durchweg erkennen lassen, daß die Preise sämtlicher Textilwaren in diesem Jahre bedeutend höher als in den vergangenen Jahren waren resp. weit über den Friedenspreisen liegen. Ein Anfang März von der „Wostischen Zeitung“ angestellter Vergleich der Aufkündigungen der Weihen Woche aus den Jahren 1922, 1923 und 1924 ergab z. B. (die jeweiligen Marktpreise nach der amtlichen Kursnotis umgerechnet) folgendes Bild:

	1914	1922	1923	1924
Herren-Nachhemd . . .	0,8	0,67	0,77	1,0
Herren-Oberhemd . . .	0,83	0,92	0,80	1,8
Damen-Nachhemd . . .	0,55	0,49	0,55	1,13
Damen-Taabemd . . .	0,25	0,16	0,25	0,59
Bettlaken . . .	1,1	0,93	0,79	2,10

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß die Preise dieses Jahres nicht unerheblich gegen die Vorjahrespreise differieren. Im vorigen Jahre erschienen infolge der durch die Inflation geschwächten Kaufkraft dem Publikum die Preise vielfach unerschwinglich. Erst jetzt erkennt es, wie billig es, in Goldmark umgerechnet, damals hätte seinen Bedarf decken können. Aber es war ja eben das besondere Unglück der Inflationszeit, daß die allgemeine Schwächung der Kaufkraft weiter Volkstreife daran hinderte, sich die günstige Konjunktur für Neuankäufe zumute zu machen. Wie erklärt sich nun die jetzige Preissteigerung der Textilwaren? Im allgemeinen kann man die internationale Entwertung der Kaufkraft des Goldgeldes mit einer Warenpreiserhöhung von höchstens 60 Proz. als ausgeglichen betrachten. Weit über diesen Durchschnitt hinaus sind aber vielfach gerade während der letzten Wochen auf allen Weltmärkten die Textilien gestiegen. Aber die Ursachen dieser Steigerung befragt, erklärten die Inhaber zweier großer Berliner Spezialgeschäfte übereinstimmend, daß daran insbesondere das auf die schlechte Ernte zurückzuführende Anziehen der Baumwollpreise die Schuld trage. Beide bemerken die internationale Preissteigerung der Textilwerte auf 150 bis 200 Proz. gegenüber dem Frieden. Damit ist zumindest das Märchen von der Preisfentung auf dem Gebiete der Bekleidung gründlich zerstört. Aber auch in anderer Beziehung ist zu sagen, daß alle übrigen Lebenshaltungskosten weit über den Friedenspreisen liegen. Man braucht nur Vergleiche zwischen einst und jetzt anzustellen bezüglich der Butter- und Eier-, der Fett- und Fleischpreise sowie der Heizungs- und Beleuchtungskosten.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland im Januar 1924. Wie das „Reichsarbeitsblatt“ vom 1. März berichtet, zeigt die Arbeitsmarktlage bei fast allen Statistiken übereinstimmend Anzeichen einer unmerklichen Besserung. Die Frankenkassen wiesen auch für den Januar eine Abnahme der Versicherungspflichtigen, d. h. der in Beschäftigung stehenden Mitgliebler, auf. Bei den 4062 Kassen (im Vormonat 3831 Kassen), von denen Meldungen vorlagen, fiel die Zahl der versicherungspflichtigen Mitgliebler von 9 221 240 am 1. Januar auf 9 176 280 am 1. Februar, mithin um 44 960 oder 1,6 Proz. (Vormonat 3,1 Proz.). Bei den Arbeitern wiesen wir eine Besserung vor allem des Stellenangebots erkennbar. Die Zahl der offenen Stellen hob sich von 274 127 im Dezember auf 387 007 im Januar, d. h. um 41 Proz., und ähnlich die

Zahl der Vermittlungen von 225 014 im Dezember auf 321 140 im Januar, d. h. um 44 Proz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Meldungen aus dem Rheinland völlig, aus Westfalen und Hannover zu einem erheblichen Teile ausgeblieben sind. Nach dem vorläufigen Ergebnisse der Statistik sank die Zahl der Arbeitsgesuche von 2,58 Millionen im Dezember auf 2,38 Millionen im Januar. Die Inanspruchnahme der Erwerbslosenfürsorge hat einen stetigen Rückgang aufzuweisen. An Vollerwerbslosen wurden unterstützt am 15. Januar 1 552 862, am 1. Februar 1 430 838, am 15. Februar 1 302 270 Personen. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter betrug am 15. Januar 635 839, am 15. Februar 257 480. Die Zahl der unterstützten Familienangehörigen sank von 1 679 197 am 15. Januar auf 1 474 536 am 1. Februar. Die Arbeitslosigkeit in den **F a b r i k e n** (Gewerkschaften) läßt erstmals seit August vorigen Jahres eine Besserung erkennen. Am 26. Januar wurden in den 36 berichtenden Verbänden 4 365 132 Mitglieder durch die Berichterstattung erfasst und unter diesen 1 158 686 Arbeitslose gezählt; das entspricht einem Prozentsatz von 26,5 (gegen 28,2 im Vormonat). Die **K u r z a r b e i t** hat weiter abgenommen, sowohl an Zahl der Fälle wie an Arbeitslosenausfall. Von der Berichterstattung wurden in 32 Verbänden 3,8 Millionen Mitglieder erfasst, von denen 1 135 400 oder 29,9 Proz. mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigt waren (im Vormonat 42,0 Proz.). Über die Arbeitsmarktlage in der graphischen Industrie ergab sich nach der reichsamtligen Statistik folgendes Bild:

Arbeitslosigkeit der graphischen Fachverbände in Deutschland

Monat	Verband d. Deutscher Buchdrucker		Hilfsarbeiterverband		Hilfsgraphen und Steinbildner		Buchbinder	Gutenbergbund	Graphischer Zentralverband (drücklich)		Gesamtheit aller deutschen Fachverbände	
	Proz.		Proz.		Proz.				Proz.		Proz.	
	Jan.	Feb.	Jan.	Feb.	Jan.	Feb.			Jan.	Feb.	Jan.	Feb.
1923												
Jan.	8,4	2,6	8,5	4,5	8,9	—	—	—	—	—	4,4	—
Febr.	8,4	2,8	3,6	4,4	3,0	1,5	—	—	—	—	3,7	—
März	11,8	3,1	4,8	9,8	5,2	3,0	—	—	—	—	5,7	—
April	11,4	8,3	5,6	8,4	4,9	3,7	—	—	—	—	7,0	—
Mai	11,2	8,5	5,3	7,5	3,9	18,5	—	—	—	—	6,2	—
Juni	6,6	5,9	2,8	3,7	4,1	19,0	—	—	—	—	4,1	—
Juli	8,0	5,6	8,4	4,7	3,3	16,3	—	—	—	—	3,5	—
Aug.	12,9	12,1	5,1	8,0	7,0	16,3	—	—	—	—	6,3	—
Sept.	17,8	7,3	12,4	12,3	11,5	22,9	—	—	—	—	9,9	—
Okt.	19,0	9,9	—	15,3	14,2	—	—	—	—	—	18,1	—
Nov.	26,5	21,6	15,5	24,7	10,4	—	—	—	—	—	22,4	—
Dez.	25,4	21,2	—	32,4	15,6	—	—	—	—	—	26,2	—
1924												
Jan.	18,8	28,2	—	—	27,6	8,5	54,1	—	—	—	26,5	—

gemäßen Wiedergabe ja auch keinen Funke zu neuem Einfallen. Die nachträglich schon wieder eingehenden Abänderungen lassen leider erkennen, daß Sie den Hinweis in Nr. 10 unter „Briefkasten“ nicht beachtet haben; um so mehr lesen Sie das nachfolgende Geleit. — **H. B. in B.:** Mit Dank erhalten. — **H. W. in B.:** Demnach mit Gutes gleicher oder ähnlicher Materie. — **H. G. in B.:** Wird aufgenommen. — **H. R. in B.:** Günstigst wird sich nun noch alles zum Guten. — **H. S. in Kempten:** In gemüßigter Form der Kopienanfragen wegen unmöglich. Vater Wille nachträglich unsern Glückwunsch. — **H. K. in Weiden:** Mit verständnisvollem Schwünge unserer Sammelmappe einverstanden. — **H. W. in Oppeln:** Gelobten Besserung, wenn erst mehr Raum verfügbar. — Ein **Wohlfühl-**bedürfnis in Leipzig: Wir wählen diese Unterchrift des uns gelandten Artikels, der, wie seines größeren Raumes wegen abheben. Sie behaupten, daß die von den routinieren Fachleuten aus den Geschäftskreisen empfohlenen Mittel zur Lösung der Produktion von der Prinzipalität so wenig beachtet werden. Das immer und immer wieder von den Herren Synkali nur die Verlängerung der Arbeitszeit als einzigen Mittel zur Verbilligung der Produktion angeführt wird, vermerken Sie und betonen ersuchtigweise, daß ein großer Teil Ihrer Kollegen ebenso denkt. Als ein noch nicht beachtetes Kapitel bei der Lösung der Produktion führen Sie dann die Verleger- und Autorkorrekturen an. Die Manuskripte mühten, um zeitraubende und in ihrer Kostspieligkeit meistens nur den Lohnbuchdrucker belastende Korrekturen zu vermeiden, vor der Weitergabe an die Setzerei genau auf die Eigenarten des Verlegers durchzugehen werden und über die Stellung zum Text mühte vorher Klärung stattfinden. Kommen dann noch unabweisliche Korrekturen in Betracht, dann könnte leicht ein halbes Duzend Korrekturen notwendig werden, wo es mit der Hilfe der weniger normalerweise genügen würde. Das bedeute aber für die Lohnbuchdrucker eine Vertreibung, die dann nicht selten Forderungen nach höheren Lohn abweisen läßt. So der wesentliche Inhalt Ihres Artikels, der gewiss manchem für sich hat. Das gerade die großen Lohnbuchdrucker zu dieser Verbilligung der Produktion keine Energie aufbringen, ist bedauerlich. — **H. S. in S.:** Ihr Artikel ist fast wörtliche Wiederholung von dem Geleit, als zu entnehmen. Der gute Wille wird aber anerkannt. — **J. K. in R.:** Da möchte man allerdings auch dabei sein. Wie wäre es denn mit Mitnahme auf der Rückseite? — **H. R. in B.:** Inf. 330: 2, 10 Nr.

Ihr Mitteilensender wichtig und doch fast genau zu beachten: 1. Bitte die in der Angabe erforderlich, nicht aber auf dem Briefumschlag, sondern im Umschreiben oder auf dem Manuskripte. 2. Befügung einer Mitgliedschaftsbescheinigung, die in größeren Stücken zur Befestigung auch vom Druckereibetreiber ausgeteilt werden kann; Artikel von der Redaktion unbekanntem Namen fallen ohne Mitgliedsausweis berechtigten zur Ablehnung. 3. Untergeliebtes, ungeschicktes, in jeder Beziehung sich haltendes Manuskript; nicht fortwährend Abänderungen, nicht Änderung nach Änderung und vor allem nicht die wiederholende Einblendung von nachträglichen Abänderungen. 4. Kurze Sätze, sofern es der Gegenstand der Besetzung nur irgend zutrifft; große Artikel lassen sich immer unterbringen, da immer noch abweichend verschiedene Nummern gebracht werden müssen. 5. Kein Verlangen nach schneller Aufnahme; die Redaktion tut hierin schon alles der Situation entsprechende, es muß aber bei großem Andrang wie jetzt Überlegung nach Materialnummerweise erfolgen. 6. Ablehnung bei fortgesetzten Wiederholungen muß eintreten, um den Inhalt des „Korr.“ abwechslungsreich zu gestalten.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 30, Chausseepfad 8 II. Fernruf: Drei Kurier Nr. 1194. Geschäftsstelle: Berlin Nr. 1023 97 (H. Schwinning).

Gen. Beleg. Nachfolgende Kollegen wollen sich die nächsten 31. März im Gebüreau melden: Paul Krieger (Hauptbuchnummer 50 800); August Haufe (18 200); Otto Härtel (18 100); Gust J. Seidel, Gals. (22 150); Kurt Priß, Dr. (57 335); Fritz Schaper, Dr. (32 801); Paul Schade (98 728); Max Schlegel (11 100); Willi Seile (31 800).

Gen. Übersetzung. Der 33. ordentliche G. u. G. findet am 1. Pfingstfeiertage (8. Juni) in Königsberg statt. Beiträge sind bis 1. Mai an den Gauverband einzulösen. — Der Gaubeitrag beträgt ab 30. März 30 Pf. — Die Gauunterstützung für alle Arbeitslosen und Kranen ab 30. März 50 Pf. wöchentlich.

Gen. Mittelbesuch. Den außerhalb unseres Gauwes wohnenden Mitgliedern des Untergauvereins für Buchdrucker und Schriftsetzer in Württemberg zur Nachricht, daß der wöchentliche Beitrag bis 29. März 1924 fünf Goldpfennige betrug; für das zweite Quartal 1924 (30. März bis 29. Juni 1924) ist der wöchentliche Beitrag auf 10 Goldpfennige festgesetzt worden; wir bitten dringend um Beachtung dieser Höhe. Bei Überendung der Quittung wird eine Quittung der neuen Unterhaltungsstelle, die sich im Aufbau befinden, beigelegt; an Porto bitten wir jeweils den niederen Satz für Drucklagen beizulegen.

Welle in Hannover. Es wird gebeten, das Verbandsbuch des Maschinensetzer Kurt Kunkel, ausgekollt 1919, Gau an der Enale, nach Welle an den Kassierer Heinrich Rörber, Grödenberger Straße, einzulösen.

Adressenveränderungen

Hannover. Vorsitzender: Otto Bellingradt, Poststraße 47. **Hilfsbes.** (Maschinensetzervereinigung) Rheinland-Bezirk: f. a. l. e. n. (Hilfsbes.) Vorsitzender: Heinrich Klein, Köhler Straße 13; Kassierer: Fr. Weigel, Frankfurtstraße 48, II. **Kleinmüllerei.** Alle Briefe sind bis auf weiteres nur an den Kassierer Will Funke, Leipziger Straße 33, I, zu richten. **Welle (Hann.).** Vorsitzender: Karl Böllner, Safranstraße 2.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die belegte Adresse):
In Gau Hamburg-Altona die Gebr. I. Walter D o m a s c h, geb. in Hamburg 1900, ausgel. das. 1919; 2. Herbrand Frahm, geb. in Hamburg 1899, ausgel. das. 1899; 3. Robert Hartig, geb. in Hamburg 1905, ausgel. das. 1923; 4. Wilhelm K e n t l e s, geb. in Tilsit 1888, ausgel. das. 1906; 5. Hellmut K n o p f, geb. in Altona 1901, ausgel. das. 1920; 6. Walter K r e u z f e l d t, geb. in Altona 1897, ausgel. in Ederstraße 1919; 7. Max L e h m e r, geb. in Altona 1899, ausgel. in Schwarzenberg 1917; 8. Ludwig D o r t, geb. in Hamburg 1893, ausgel. das. 1912; 9. Hermann R h e d e n, geb. in Hildorf 1890, ausgel. in Berlin 1914; 10. Claus S t e n z e l, geb. in Hamburg 1902, ausgel. das. 1921; 11. der Bruder Otto S o l i d, geb. in Berlin 1899, ausgel. das. 1917; 12. der Schweigeberechtigter Otto K r u m n o w, geb. in Hamburg 1904, ausgel. das. 1922; waren schon Mitglieder. — Fr. Kunkler in Hamburg, Besenbinderhof 57, II.

Veranstaltungskalender

Berlin. Besammlung Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, im „Grasenhof“, Hohe Straße.
Breslau. Maschinensetzerversammlung Sonntag, den 29. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Eisenfeld“, Kaufhofstraße. — Vorstandskomitee und Technische Kommission vorher, 6 Uhr, Sitzung. — Sonntag, den 30. März, Exkursion. Treffpunkt vormittags 9 Uhr: Marienstraße 16.
Ceslar. Besammlung Mittwoch, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Stadthauskeller“ (hinten dem Tunnelpaß).
Hilfsbes. I. G. H. Besammlung Sonntag, den 6. April, vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Schwan“, am Markt.
Hilfsbes. II. Maschinensetzerversammlung Sonntag, den 30. März, vormittags 10 Uhr, im „Leit-Haus“.
Hilfsbes. III. Besammlung Sonntag, den 30. März, nachmittags 3 Uhr, in Schöneberg.

Zentralkommission der Schriftsetzer Deutschlands

Bei Konditionsangeboten nach Bukarest sind in allen Fällen Bedingungen einzuholen. Nähere Auskunft erteilt G. H. J. Schumann, Berlin SW 20, Zögnerstraße 16.

Briefkasten

H. R. in B.: In Nr. 21 ist ein redaktioneller Artikel zur Berufswahl und Zeilungseinrichtung erschienen. Wir haben sehr mit Interesse alle Art gelesen, wiffen Sie kann unterhalten, die müssen Wiederholungen aber unterbleiben. Das von Ihnen behandelte Behilfungsgeleit des Reichels der Berliner Buchdruckerbesitzer bietet in Ihrer nur unn-

Trotz erhöhter Auflage

ist das Jahrbuch der „Typographischen Mitteilungen“ vergriffen!

Der Bestand ist beendet. Nachbestellungen für die Seite 1 und 3 können nicht mehr berücksichtigt werden. Von Heft 2 sind noch Exemplare auf Lager und mit blauen Beschriftungen für dieses Heft sofort anzugeben. Änderungen in der Beschriftung für die „T. M.“ Heft 4 können nur Berücksichtigung finden, wenn diese umgehend überreicht werden. Verlag der „Typographischen Mitteilungen“, Leipzig, Salomonstraße Nr. 8 (Mittelgebäude).



TYPOGRAPHISCHE VEREINIGUNG BERLIN

SONNTAG, DEN 30. MÄRZ, VORMITTAGS 10 UHR, IM „BERLINER KLUBHAUS“, OHMSTRASSE NR. 2; AUSSTELLUNG DES INTERNATIONALEN WETTBEWERBS MIT ANSCHLIESSENDEM REFERAT DES KOLLEGEN DRESSLER, LEIPZIG
ZU DIESER INTERESSANTEN UND LEHRREICHEN VERANSTALTUNG LADEN WIR ALLE BERLINER KOLLEGEN EIN. SONSTIGE GÄSTE WILLKOMMEN.

25jähriges Stiftungsfest

Die Leipziger Maschinensetzervereinigung feiert am Sonnabend, 10. Mai, im großen Saale des „Volkshauses“ ihr 25jähriges Stiftungsfest. In Verbindung damit ist für Sonntag, 11. Mai, ein Mitteldeutscher Maschinensetzertag geplant. Die Kollegen Mitteldeutschlands werden um vollständige Beteiligung sowie die übrigen Gaus um Entsendung von Delegationen ersucht. Anmeldungen bis spätestens 15. April an Kollegen W. Richter, Leipzig-Stötteritz, Arnoldstraße 7 II, erbeten.

Mitteldeutscher Maschinensetzertag



Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker

Der „Gute Abend“ mit nachfolgendem Ball am Sonnabend, dem 29. März, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses wird vom Streik der Musiker in Hamburg nicht betroffen. Mitwirkung erster Kräfte und der Liedertafel „Gutenberg“. Alle Kollegen haben mit ihren Angehörigen zu erscheinen. Eintritt frei. Der Vorstand.

Bandwurm Epul- und Madenwürmer

entziehen dem Körper die besten Säfte, der Mensch wird blutarm, nervös, elend und schlapp. Vieleschichtige und blutarme Frauen und Mädchen, Magen- und Melkfleischleibende sowie nervöse Personen usw. leiden in den meisten Fällen an Eingeweidewürmern, erkennen aber ihre Krankheit nicht. Geute bedarf jeder der so teuren Lebensmittel für sich und diesen diese nicht von den Würmern geraubt werden. Arznei kostenfrei (Rückporto). Keine Hungerkuren. **Wurm-Rose, Hamburg 11 a, 121.**

Monotype-Anlage

eine Hochmaschine, zwei C-Taster mit Jubehör, aufgearbeitet, unter Garantie sofort zu verkaufen. Offerten unter Nr. 602 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Komplette Monotype-Anlage

zu kaufen gesucht. Offerten mit genauen Angaben unter Nr. 603 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Tüchtige, korrekte Linotypsetzer

gute Maschinenkennner mit längerer Praxis, zum Eintritt gesucht. [555] „Generalanzeiger“, Krefeld (letztes Geltes).

Tüchtiger Setzer

für Drucksetzer und Stempelsatz bei guter Entlohnung in Dauerstellung sofort gesucht. [518] C. Meiland & Co., Hamburg 1, Rosenstraße 19a.

Tüchtiger Notensetzer

wird sofort gesucht. Angebote unter Nr. 526 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbeten.

Tüchtiger Linotypsetzer

mit langer Praxis, guter Maschinenkennner, bei Abertausendfacher Bezahlung in dauernder Stellung gesucht. [507] Buchdruckerei C. D. Engelhard & Co., G. m. b. H., Hannover.

Linotypsetzer

tüchtig und erfahren, guter Maschinenkennner, zum Eintritt am 29. oder 31. März gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Referenzen an den „Kölnischer Anzeiger“, Köln.

Monolinesetzer!

Wirklich tüchtiger (Nein-)Setzer, guter Maschinenkennner mit langer Praxis, der seine Leistungen selbst bezeugt, findet angenehme Dauerstellung zum Anfangslohn von 36 bis 40 Goldmark bei Hiler, Königswusterhausen bei Berlin.

Ein tüchtiger Typographsetzer

mit längerer Praxis für Model U-A sofort gesucht. [514] Buchdruckerei G. Kroyzig, Leipzig, Gerburstraße 51.

Typographsetzer

in gutem Werkfabriken erfahren, finden sofort Dauerstellung in meinem Orgelmaschinen-Großbetrieb. [516] J. E. Saag, Meike l. Hann.

Tüchtiger

Buchdruckmaschinenmeister

erste Kraft, für Kupfer- und Galvanoplastik, vertraut mit Simplex und Universal, für sofort gesucht. Nur wirklich tüchtige Herren wollen sich melden. [427] Ad. Pümmel, Basel l. Eidenb.

Für feinsten Autotypiedruck

auf einer Chromotypie-Druckpresse mit Kalleapparat Klein & Ungerer wird zu sofortigem Eintritt nach Bayern [517] gesucht. Vorzugsfall Sonntag, 30. März, vormittags 9-12 Uhr, in Stuttgart, Hotel „König von Württemberg“.

ein tüchtiger Maschinenmeister

gesucht. Vorzugsfall Sonntag, 30. März, vormittags 9-12 Uhr, in Stuttgart, Hotel „König von Württemberg“.

Schweizerdegen

hauptsächlich sauberer, satter Drucker, für Werk- und Kupferdruck bei 25 Proz. eventuell mehr aber Tarif vom 31. März in angenehme Dauerstellung gesucht bei Hiler, Königswusterhausen bei Berlin. [498]

Ein durchaus erfahrener

Schweizerdegen

etwa 22 bis 24 Jahre alt, möglichst vertraut mit Klein & Ungerer'schem Kalleapparat, baldigst gesucht. [500] H. J. J. Fay, Buchdruckerei, Verlag des „Elbe-Post“, Kellinghusen (Holstein).

Erster Akzidenzsetzer und Maler

Satz und Entwurf, zum Beruf zurückkehrend, sucht Stellung im Druckgewerbe oder als

Reklameschmann

in Großunternehmen der Industrie und Schiffahrt. Off. Angebote erbeten. Max Brandt, Hamburg 20, Roßkötter Weg 9 I.

Linotypsetzer

1. Kraft, verb., mit all. Syst. bestens vertr., wünscht sich in gutbez. Dauerstell. zu veränd. Ausführl. Angeb. u. Lohnang. unter „Rentenbankheft L 21 258 014“, Kassel, postl. Köhlerplatz, erb.

Tüchtiger Stereotypent

für Kund und Tisch, durchaus sicher in allen Arbeiten, zur Zeit in ungekündigter Stellung, sucht sich zu verändern. Berlin, Vorort. Off. Offerten erbeten unter M. Z. Berlin, Postamt 19.

Jüngerer Schriftsetzer

für Inserat und Akzidenz sofort gesucht. [511] G. Neuenhahn, G. m. b. H., Jena (Jenaische Zeitung).

Wie suchen für sofort einen tüchtigen [524]

Schriftsetzer

für Linotype und Handfak. „Schwinger Kalle“, Cobl.

Typographsetzer

sofort gesucht. [484] Oscar Brandt, Leipzig.

Juverlässiger und erfahrener

Typographsetzer

für U-B-Maschine möglichst sofort in Dauerstell. gesucht. Eberhard'sche Hof- und Katalbuchdruckerei, Wismar l. Meckl.

Typographsetzer

(U-B-Maschine), mehrjährige Praxis, mit Postbehalten vertraut, erfahren in jeder Art Schrift- und Linotypie-Druck. Lehrling gesucht. [485] Walker & Co., Berlin, Eberlin (Kreis Zehlendorf).

Typographsetzer

für U- und U-B-Maschine gesucht. [483] Frommannsche Buchdruckerei (Hermann Doppel), Jena.

Tüchtige

Linotypsetzer

gute Maschinenkennner, für wissenschaftlichen Verlag zu sofortigem Eintritt gesucht. Wegen Wohnungsangebot Gedulge bezogen. Referenzfähig wird gewürd. [530] Offerten mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten. Buchdruckerei P. Hahnemann, Altona l. Hamb.

Zwei

Linotypsetzer

sofort gesucht. [482] „Sächsische Post“, Opladen bei Köln a. Rh.

Maschinensetzer

für Multimagazin- & Linotype Ideal zu möglichst baldigem Eintritt gesucht. [489] H. Aderhold, Weiden.

Jüngerer

Schweizerdegen

tüchtiger in Satz wie Druck setzen, für Handr. gesucht. Monotype-Gesellschaft, Vertriebsgef., m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstraße 118.

Rotations-

maschinenmeister

zur tüchtigen Kraft mit mehrjähriger Praxis, für 22seitige Frankenthaler in Dauerstellung gesucht. Bewerbungen erbeten. [476] C. Gumbel, N.-O., „Westf. Neueste Nachrichten“, Detmold.

Galvanoplastiker

perfekt im Nichten und Abbeden, sofort gesucht. „Sausage Eiserei“, Frankfurt a. M.

Tüchtiger, zuverlässiger

Schriftsetzer

für Akzidenz- & Komplettschreibmaschinen gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an Julius Jähres, G. m. b. H., Altona, Köhlerstraße 127.

Tüchtiger

Akzidenz-, Tabellen-, Katalogsetzer

20 Jahre alt, firm in allen vor kommenden Arbeiten, sucht Stellung. Werte Angeb. unt. Nr. 490 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Köhlerstr. 7, erbeten.

Linotypsetzer

guter Maschinenkennner und -pfleger, mit elektrischen Heilungen vertraut, firm in allen vor kommenden Arbeiten, sucht gegen gute Bezahlung sich in Leipzig [515] zu verändern. Schriftliche Angebote mit Lohnangabe erbeten. Krupke, Leipzig, Rankestraße 57 a IV.

Tüchtige Maschinenmeister

für Rotation, Flachdruck, auch Stereotypie, sucht Stellung im Industriegebiet. W. Hoyer, Witten, Hindenburgstr. 8.

Schaffenskräftiger

Schmann

red., Kaufm. und technisch auf der Höhe, in Typographischer, sucht leitende, angenehme Beschäftigung. Auswahl mit Gehalt aufbew. Offerten unter „Tüchtig 610“ an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Köhlerstraße 7, erbet.

Russisch u. Akzidenzsch.

sucht Stellung. Off. Angeb. erbeten. L. Galloway, Gallowaystraße 47, Theodorstraße 47. [508]

Russisch/Deutsch!

Akzidenz- und Akzidenzsetzer, perspektivischer Setzer, sucht Stellung. Off. Angeb. erbeten. Werten, Gohmannstraße 8, Rheinl., Theodorstr. 47.

Zurichter

gelernter Werkzeugmacher, verfahren mit Gleichmaschinen, aller Systeme vertraut, will tüchtige Bekleidungsarbeiten, sucht Dauerstellung, eventuell Auslands. [513] Off. Zuschriften unter A. B. 45 postlagernd Berlin N. 68.

Scherkitzel

blau od. blauweiß, haltb. gearbeitet, u. unlegiert. Druck. u. Schrift in zwei Größ., zu 9, 150 und 10 M. per Woche neu einrichtet Hans Weigle, Kunstsch. (G.-C.), Köhlerstraße 32. [512]

Wiederverkäufer

gesucht

die gewillt sind, den Vertrieb von erschaffenen Schriften, Seitenpaler, Scherkitzeln von beherrenamtlicher Beihilfe, Verhandlung für eigene Rechnung zu übernehmen. Gutbeisemündete Personen erhalten dies eingedumt. [521] Offerten unter L. K. 5399 an Rudolf Woffe, Leipzig.

Ludwig Moetenzen

Düsseldorf, Jordanstraße 7. Telefon 15 074 [50] repariert und montiert alle Maschinen für Druckereien. Langjährige Erfahrungen. Streng reelle Bedienung.

Maschinenband

solche alle Druckereiarbeiten liefern: Segner a. Mod., Düsseldorf, Graf-Wolffstr. 112.

Fremdvertrieb

846 G. P. von G. H. 2. Hoffmann, brosch. i. M. franko. A. Siegel, München, Kolmdammstraße 1.

Kollegen

werden für den Betrieb eines allerneuesten [499]

Damenschmuck

gesucht. Unter 2 M. frei. Angebote an Chr. Bünag, Hülter.

Monolines- und Linotyp-

Matrizen repariert nach best. bewährtem Verfahren Krabbe, Karlstraße 1. S., Händel 2.

Am 18. März verstorben

plötzlich und unerwartet unser Onkel, der Buchdruckermeister [498]

Willy Koebke

im 68. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Das Personal der Buchdruckerei W. Koebke, Berlin.

Am 6. März verschied

unerwartet durch Herzschlag unser lieber Kollege, der Segnermeister Otto Kersten im Alter von 73 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm O. V. Halle a. d. E.